

(Abg. Wilde.)

(A) zeit unsere Unterstützung finden. Wir werden Gelegenheit haben, in der Deputation unsere Wünsche zum Vortrag zu bringen.

Auf eins möchte ich noch hinweisen, daß man, wenn man ohne weiteres zugibt, daß der Handwerker und Gewerbetreibende, wenn er den Auftrag erhält, auch angemessene Bezahlung erhält, die Bedingung daran knüpft, daß die Arbeiter eine anständige Bezahlung erhalten, die die Arbeiten auszuführen haben. Es muß die Bedingung daran geknüpft werden, daß der Beauftragte mindestens die Forderungen anerkennt, die bei den Tarifvereinbarungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer getroffen worden sind.

Der sächsische Staat wäre nicht der erste, der diese Bedingungen anerkennt. Eine große Anzahl von städtischen Gemeinden hat bereits diese Bestimmung getroffen, und auch der württembergische Staat hat diese selbe Bedingung anerkannt. Ich meine, wenn das anderwärts möglich ist, dann muß es auch in Sachsen möglich sein, daß bei Vergabung von Staatsarbeiten diese Bedingungen daran geknüpft werden. Vor allen Dingen müssen wir verlangen, daß die Arbeiter, die die Arbeit ausführen, einen anständigen Lohn erhalten, daß die Arbeitszeit geregelt ist und den Arbeitern, die die Arbeit ausführen, auch das Koalitionsrecht gewährleistet ist. Ich brauche keine besonderen Fälle anzuführen. Es ist bekannt, wie viele Unternehmer versuchen, durch Vorlegen von Schriftstücken die Arbeiter zu zwingen, aus ihren Organisationen auszutreten. Hier muß der Staat ganz einfach unparteiisch sein. Er muß erklären: jeder Arbeiter hat das gesetzliche Recht, sich zusammenschließen, um gemeinschaftliche Interessen zu vertreten, und ein Unternehmer, der wünscht, daß er den Staatsauftrag erhält, muß auch mindestens jedem Arbeiter dieses Recht garantieren.

Auf eins möchte ich noch aufmerksam machen. Es ist wiederholt von meinen Parteifreunden der Wunsch ausgesprochen worden, daß bei Vergabung von Staatsarbeiten in der Hauptsache deutsche Arbeiter beschäftigt werden. Wir vertreten nicht den Standpunkt, daß man Ausländer grundsätzlich nicht beschäftigen soll, aber sie sollen nur dann beschäftigt werden, wenn Arbeitslosigkeit am Orte oder in der Gegend nicht besteht. Die Regierung sagte, daß sie diesem Wunsche Rechnung tragen will und daß sie das bisher auch getan hat. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein. Ich erinnere daran, daß erst vor kurzem bei

der Verlegung der fiskalischen Straße in Gesau bei Glauchau wieder eine große Anzahl ausländischer Arbeiter beschäftigt worden ist. Diese Arbeiten führt die Firma Hildsberg & Sandner in Chemnitz aus. Fünfmal ist der Fall zu verzeichnen, daß sich die Arbeiter, die in Glauchau und Gesau wohnen, um Arbeit beworben haben und zurückgewiesen worden sind; in der nächsten Stunde hat der Unternehmer ausländische Arbeiter angeworben. Auch bei dem Talsperrenbau in Cuba ist dieser Fall zu verzeichnen. Dort hat der Unternehmer in der Hauptsache Tschechen beschäftigt. Als sich aber die Tschechen ebenfalls der Organisation angeschlossen und denselben Lohn verlangten und sich nicht als Lohnrücker gebrauchen ließen, hat der Unternehmer sie abgeschoben und Kroaten eingestellt, weil die Kroaten billiger gearbeitet haben als die Tschechen. Man versucht also hier, durch Heranziehung der ausländischen Arbeiter Lohnrücker zu treiben, und wir wünschen, daß bei Vergabung von Staatsarbeiten dem von der Regierung nicht Vorschub geleistet wird.

Ich kann mich wohl bei der vorgerückten Zeit kurz fassen. Sie werden es mir nicht übelnehmen, wenn ich schließe. Wir werden in der Deputation unsere Wünsche zum Vortrag bringen, und wir wünschen, daß für die Handwerker und für die Arbeiter eine angemessene Bezahlung und die Sicherung des Koalitionsrechtes bei Vergabung staatlicher Arbeiten von der Regierung gewährleistet wird.

(Bravo! links.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Biener.

**Abg. Biener:** Meine Herren! Es ist mir nicht möglich, wie ich gern möchte, näher auf dieses Thema einzugehen. Ich darf hinzusetzen, daß es mich auch nicht besonders reizt, angesichts der Leere des Hauses, vor Ihnen über das Thema zu sprechen. Ich will mich deshalb auf die notwendigsten Bemerkungen beschränken, da es vielleicht nicht verstanden würde, wenn ich überhaupt auf das Wort verzichten wollte.

Ich kenne das Submissionswesen zwei Jahrzehnte als Handwerksmeister und kann sagen, daß dieses Kapitel mit vollem Rechte ein überaus trauriges für das ganze Handwerk genannt werden kann. Auf allen Verbandstagen der Handwerker, den Mittelstandstagen, ist seit einer Reihe von Jahrzehnten schon dieses Thema behandelt worden, und was dabei zutage gekommen ist, ließ erkennen, welcher schwere Mißstand gerade auf dem Gebiete der Vergabung öffentlicher Arbeiten